



# Russlandanalysen

Nr. 24

30.4.2004

## *Inhalt*

Kommentar <i>Autoritarismus und Liberalismus in Russland. Galina Michaleva, Moskau</i>	2
Tabellen und Graphiken zum Text <i>Meinungsumfragen zu Demokratieerwartungen in der russischen Bevölkerung</i>	6
Kommentar <i>Kniefall oder politischer Anspruch? Elfie Siegl, Berlin-Moskau</i>	10
Dokumentation <i>Die Krise des Liberalismus in Russland. Auszüge aus dem ersten Brief Michail Chodorkowskijs</i>	10
Chronik <i>Vom 24. bis zum 28. April 2004</i>	13

## *Autoritarismus und Liberalismus in Russland.*

*Eine zweite „Perestroika“ oder ein zweites „1968“?*

*Galina Michaleva, Moskau*

### *Zusammenfassung*

Der letzte Wahlzyklus – die Wahlen zur Staatsduma und die Präsidentenwahlen – haben ebenso wie die folgenden Ereignisse das Wesen des weichen Autoritarismus, der sich in Russland herausgebildet hat, verdeutlicht. Der vorliegende Beitrag will die aktuellen Tendenzen des Autoritarismus aufzeigen und bewerten, um ihre Stabilität und die Perspektiven der demokratischen Opposition einschätzen zu können.

Kommentar

## *Autoritarismus und Liberalismus in Russland.*

*Eine zweite „Perestroika“ oder ein zweites „1968“?*

*Galina Michaleva, Moskau*

*Galina Michaleva ist Direktorin des Zentrums für das Studium zeitgenössischer Politik und Leiterin der Regionalverwaltung der Partei „Jabloko“.*

Mein Ziel ist es nicht, an dieser Stelle die allseits bekannten Kennzeichen des russischen Autoritarismus wie fehlende Gewaltenteilung und Beschneidung demokratischer Rechte und Freiheiten aufzählen. Ich erwähne nur einige aktuelle Entwicklungen, die die These von der konsequenten Entwicklung zum autoritären Regime, das versucht, die übriggebliebenen Freiräume einzuschränken, bestätigen.

### *Die Beschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte*

Zu nennen ist bei der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten die Annahme des Gesetzes „Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen und das Aufstellen von Streikposten“ in erster Lesung am 31. März 2004 durch die Duma. Dieses Gesetz macht die bürgerlichen Rechte, die in Artikel 31 der Verfassung der Russischen Föderation verankert sind, zunichte. Das Recht, Protest auszudrücken, ist wohl das einzige demokratische Recht, das den russischen Bürgern noch verblieben ist und im übrigen auch in Anspruch genommen wird. So gab es etwa in jüngster Zeit tagelange Demonstrationen der Opposition nach den Dumawahlen in Kalmückien, Mahnwachen von Menschenrechtlern, massenhaften Proteste in Woronesch gegen Preiserhöhungen für kommunale Dienstleistungen oder Aktionen von Umweltschützern.

Selbst nach den Korrekturen, die der Präsident jetzt in das Gesetz eingefügt hat und die die schlimmsten Bestimmungen beseitigen, verhindern die langen Anmeldefristen für öffentliche Versammlungen und Demonstrationen (10–15 Tage) eine schnelle Reaktion der Gesellschaft auf Maßnahmen der Staatsmacht. Das Demonstrationsverbot vor umweltschädlichen Unternehmen verhindert Proteste von Umweltschützern. Ansonsten darf die Gesellschaft alles und jeden beunruhigen, nur nicht den Präsidenten, vor dessen Residenz auch nicht demonstriert werden darf.

Versammlungen definiert das Gesetz aber so, dass sie von den Beamten praktisch nach Gutdünken verboten werden können. Die Regierung fürchtet offensichtlich Massenproteste, die infolge der unpopulären Kommunal-, Renten-, und Bildungsreformen unvermeidlich sind, und hat beschlossen, sich auf diese Weise davor zu schützen.

Ein zweites Beispiel für weiter zunehmende autoritäre Tendenzen in Russland sind Maßnahmen zur

Einschränkung der Bekenntnisfreiheit: Protestantische Geistliche müssen jetzt den Verwaltungsorganen Listen ihrer Gemeindemitglieder zur Verfügung stellen. Eine Auflage, die es selbst zu Zeiten der Sowjetunion nicht gegeben hat.

### *Rückkehr in die Jahre 1987–1988?*

Viele Beobachter vertreten die Meinung, dass Russland, nachdem es einen Zyklus von der Demokratisierung zur Verunsicherung durchlaufen habe, nun wieder in einer Situation angekommen sei, die der Perestroika der Jahre 1987–1988 vergleichbar ist. Doch diese These ist oberflächlich. Die Perestroikazeit und das gefestigte Putinsche Regime unterscheiden sich sowohl im Äußeren wie im Inneren wesentlich voneinander.

Erstens war der Westen damals an einer Demokratisierung Russlands interessiert und übte daher einerseits äußeren Druck aus und leistete andererseits den demokratischen Bewegungen und Tendenzen aktive Hilfe. Jetzt aber ist der Westen an einer Stabilisierung und nicht an einer Demokratisierung Russlands interessiert. Die offizielle Position sowohl der EU als auch der USA dient, trotz kritischer Bemerkungen an die Adresse Putins, der Unterstützung des bestehenden Regimes, auch in finanzieller Hinsicht. Der offizielle Westen tut so, als ob er der demokratischen Rhetorik glaubt und sieht in Russland einen „gleichberechtigten Partner“. Obwohl die EU und die USA in ihren offiziellen Dokumenten ihre Unterstützung für Demokratisierung und die Entwicklung von Zivilgesellschaft bekunden, setzen sie in ihrer Russland-Politik de facto auf die entstandenen administrativen und wirtschaftlichen Strukturen.

Zweitens war die Legitimität des Sowjetregimes bei der Bevölkerung gegen Ende der 1980er Jahre minimal, während die des Putinschen auf dem Höhepunkt ist. Den Demokraten gelang es 1989 im Obersten Sowjet der UdSSR, ebenso wie in den Sowjets auf der unteren Ebenen im folgenden Jahr, ihre Kandidaten praktisch ohne finanziellen Aufwand durchzusetzen. Die Zugehörigkeit zu einer Bewegung, die gegen die Allmacht der Kommunistischen Partei auftrat, war ausreichend für einen Wahlsieg. Heute stimmt die überwältigende Mehrheit des Volkes für Putin. Die Anzahl der Stimmen für die Partei, die er unterstützt, hat zu einer parlamentarischen Mehrheit geführt. Die Opposition findet sich im

Parlament in einer Minderheit – wie die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) – oder ist außerparlamentarisch wie die Partei „Jabloko“.

Drittens zielten die Demokratisierungsforderungen der Gegenelite in der Perestroika auf die Veränderung der formalen Institutionen – nämlich auf Abschaffung des Artikels 6 der Verfassung der UdSSR und damit auf die Abschaffung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei. Heute sind die demokratischen Normen in der Verfassung und in den Gesetzen verankert – nur die Praxis weicht grundlegend von ihnen ab.

Viertens war die Mobilisierung der Bürger während der Perestroika auf dem Höhepunkt, heute ist sie kümmerlich. Versammlungen und Demonstrationen für Jelzin und gegen den Artikel 6 der Verfassung brachten Zehntausende, in Moskau sogar Hunderttausende von Menschen auf die Beine. In den Fabriken gab es Massenstreiks. Die gesellschaftliche Demobilisierung zeigt sich heute auch in der geringen Wahlbeteiligung – selbst bei Wahlen auf föderaler Ebene. Die Wiederholung von Wahlen wegen einer Wahlbeteiligung unter 25% werden auf regionaler und vor allem auf lokaler Ebene schon zur Gewohnheit.

### *Die Instabilität des Regimes*

Nicht nur das Regime von 1987–88 war instabil, auch das heutige Regierungssystem ist es. In der spätsowjetischen Zeit begann das System zu wackeln, wenn sich die Positionen der herrschenden Eliten auch nur im geringsten änderten. Das heutige System ist ebenfalls instabil, weil es keine Flexibilität und keine „checks and balances“ besitzt, die die Abstimmung unterschiedlicher Interessen garantieren. Ein Faktor der Instabilität ist auch die extreme Verengung des Personenkreises, der Schlüsselentscheidungen fällt, die Undurchsichtigkeit des Entscheidungsprozesses selbst (es gibt keine gesellschaftliche Kontrolle, auch nicht durch die Massenmedien) und die fehlende Verantwortlichkeit der Politiker für den politischen Kurs.

Die Perestroika war die Folge des Sieges der Reformer, die in vielem von der spontan entstandenen demokratischen gesellschaftlichen Bewegung unterstützt wurden, in einem Konflikt, der innerhalb der Elite ausgetragen wurde. Unter dem Putinschen Regime gibt es aber offensichtlich keinen Akteur, der andere Ziele als die von der Regimeelite verkündeten hat und deklariert. Konflikte innerhalb der Elite berühren keine gesellschaftlich relevanten Interessen und bleiben „unter dem Teppich“. Keine der Gruppen, die für Schlüsselentscheidungen verantwortlich ist, appelliert an die Gesellschaft oder sucht die Unterstützung der Bürger.

Instabil wird das Regime auch, weil sich zwischen deklarierten Zielen, Rechtsnormen und realer politischer Praxis eine immer größer werdende Kluft auftut. Die Imitation demokratischer Institutionen erschwert nicht nur die Lösung von Konflikten (wenn sie sie nicht gar unmöglich macht) – je mehr sich diese Imitation von der Wirklichkeit unterscheidet, je eher zeigt sie den Bürgern, dass die Herrschenden sie betrügen.

### *Perspektiven für einen Regimewechsel?*

Welche Perspektiven gibt es für einen Ausweg aus dem Autoritarismus, für eine Rückkehr auf den Weg der Demokratisierung – für eine zweite „Perestroika“? Die Pessimisten sehen eine solche Möglichkeit im Augenblick nicht und erwarten einen Regimewechsel erst in Jahrzehnten. Man kann die heutige Situation aber auch optimistischer betrachten. Denn die Regimeeliten befinden sich heute in einer im Grunde ausweglosen Lage. Die Reformen, die schon eingeleitet sind, werden die Bevölkerung unvermeidlich hart treffen: Kommunal-, Renten-, Bildungs- und Gesundheitsreform. Schon die ersten Schritte zu solchen Reformen rufen breite Unzufriedenheit hervor, in einigen Regionen führen sie sogar zu Massenprotesten.

Der Einkommenszuwachs jener Bevölkerungsgruppen, die die soziale Basis des Regimes darstellen, ist durch ein Wirtschaftswachstum zustande gekommen, das langfristig nicht gesichert ist. Und dieses Wirtschaftswachstum ist nicht nur von Weltenergiepreisen abhängig – die fallen können – sondern auch davon, dass in die Rohstoffförderung investiert wird – was nicht der Fall ist. Weiterhin impliziert die Entwicklungslogik des Regimes eine Verstärkung autoritärer Tendenzen, was für einen bedeutenden Teil der gesellschaftlichen Meinungsmacher inakzeptabel ist. Die gleichzeitige Schmälerung sowohl sozialer als auch politischer Rechte der Bürger wird unvermeidlich zu Massenprotesten führen. Dieses Protestpotenzial, das bisher noch nicht aktiviert ist, ist die erste Voraussetzung für Änderungen im Regime.

Wenn die herrschende Elite mit Repressionen antwortet, so wird dies nur die Proteststimmung verstärken. Druck von Seiten des Staates verstärkt die Mobilisierung der Bürger, dies hat uns die Geschichte oft gezeigt: im Baltikum, in Georgien, wie auch in Russland. Die Jugendrevolution des Jahres 1968 ist ein zentrales Beispiel hierfür. Analogien gerade mit dieser Periode geben mehr Spielraum für gedankliche Ausflüge als ein Vergleich mit der Periode der Perestroika: Denn die damaligen Jugendproteste reagierten auf autoritäre Tendenzen in – formal – demokratischen Systemen. Wenn das Regime aber, um das Gesicht zu wahren, auf Repressionen verzichtet, wird es gezwungen sein, den politischen Kurs zu ändern. Dass

gerade eine solche Entwicklung durchaus möglich ist, zeigt die Reaktion des Präsidenten auf das schon erwähnte Demonstrationsgesetz.

Die zweite Vorbedingung für erfolgreiche Proteste gegen Autoritarismus ist das Vorhandensein einer Gegenelite, die imstande ist, das Protestpotenzial zu strukturieren und zu dirigieren und die die Möglichkeit hat, legal innerhalb der vorhandenen Institutionen zu agieren. Die begonnenen Konsolidierungsprozesse der geschwächten parlamentarischen Opposition und der außerparlamentarischen Parteien werden durch das existierende Regime und sein Instrument, „Einiges Russland“, den gemeinsamen Gegner von KPRF, Jabloko, Union der Rechten Kräfte (SPS) und der kleinen demokratischen Parteien stimuliert.

Noch ist diese Kooperation lokal und vereinzelt: Sie realisiert sich in einzelnen Fragen, wie z.B. der Wahlbeobachtung oder dem Widerstand gegen administrative Ressourcen, oder der Bildung von mehr oder weniger breiten Koalitionen mit unterschiedlicher Zusammensetzung in einigen Regionen – zwischen SPS und Jabloko, oft unter Teilnahme von „kleinen“ Parteien (im Altaj, in Krasnojarsk, in Swerdlowsk, St. Petersburg und Wladimir) oder sogar mit Beteiligung der KPRF (in Tjumen). Die Beteiligung von Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen und einiger unabhängiger Gewerkschaften bei Aktionen solcher Koalitionen erlaubt die Aktivierung der, wenn auch kleinen, Zivilgesellschaft. Dies ist eine weitere Ähnlichkeit mit dem Jahr 1968: Massenproteste wurden nicht „von oben“ initiiert, sondern sie brachten neue politische Führer hervor, die nach der Gründung von „grünen“ Parteien in der Folge Teil der politischen Elite wurden.

Die Frage bleibt offen, wer, wie die westliche Jugend 1968, zur Triebfeder einer russischen „samtenen Revolution“ werden könnte. Die jungen russischen Bürger sind noch völlig apolitisch, sie haben die Folgen der eingeschlagenen Politik noch nicht wirklich gespürt. Aber Massenproteste von Bürgern, angeführt von noch unbekanntem Persönlichkeiten, könnten auch die Wähler mobilisieren. In diesem Fall würden die administrativen Ressourcen ihre Effektivität verlieren und Wahlen wären kein ressourcenfressender Kampf von spin-doctors unter Verwendung schmutziger Tricks, sondern ein Wettkampf von unterschiedlichen Vorschlägen, wobei ein deutlicher Protestcharakter die Chancen der Opposition vergrößern würde. Da es bis zu den nächsten föderalen Wahlen noch lange hin ist, können regionale und lokale Wahlen zum ersten Prüfstein werden. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben und eine konsequente Arbeit zur Mobilisierung der Bürger sind der Hauptauftrag der Opposition.

Die Erfüllung dieser Aufgaben wird durch die Existenz demokratischer Verfassungsnormen erleichtert. Die

geltende Verfassung bewahrt in ihrem zweiten Kapitel „Die Rechte und Freiheiten des Menschen und des Bürgers“ die institutionellen Möglichkeiten dafür, dass die Bürger aktiv sein können und wird dadurch, bei einer Mobilisierung der Bürger, zu einem ernststen Hindernis für eine Verstärkung der autoritären Tendenzen.

### *Perspektiven für liberale Politik und liberale Kräfte*

Die „Botschaften aus dem Gefängnis“, die Michail Chodorkowskij zugeschrieben werden, sind praktisch eine Botschaft der Staatsmacht an diejenigen, die sich als Liberale ansehen (oder sich wenigstens so nennen). Die Diskussionen um diese Botschaften erhellen das russische Verständnis des Begriffs „Liberalismus“. Hierbei ergibt sich ein äußerst widersprüchliches Bild. Etwas vereinfacht kann man folgende Positionen herausarbeiten:

- Liberale, die davon ausgehen, dass das Volk sie wegen ihrer unpopulären Reformen verabscheut, die ihre Fehler bekennen und deshalb den Liberalismus in der Krise darstellen. Sie wollen den Platz frei machen für neue Liberale und mit der Staatsmacht zusammenarbeiten („Chodorkowskij“);
- Liberale, die die liberalen Reformen der Vergangenheit wegen ihrer mangelnden Akzeptanz ebenfalls als Fehler sehen, aber in Reaktion darauf nicht mit der Staatsmacht zusammen arbeiten wollen, sondern gegen sie opponieren (Wladimir Ryshkow);
- Liberale, die für Reformen verantwortlich waren, diese Reformen aber weiterhin für unvermeidbar und erforderlich halten und deshalb nichts bereuen (Tschubajts, Gajdar);
- Nicht-Liberale, die davon ausgehen, dass der Liberalismus auf russischem Boden keinen Fuß fassen kann, denjenigen, die bereuen, aber eine Existenz im „liberalen Getto“ erlaubt sein sollte (Dmitrij Rogosin).

Grundsätzlich werden in dieser Diskussion die russischen Wirtschaftsreformen als „liberal“ bezeichnet und „Liberale“ werden für ihre Durchführung verantwortlich gemacht. Die Parteien SPS und Jabloko werden ebenfalls „liberal“ genannt. Es wird dann behauptet, dass die beiden liberalen Parteien ihre Niederlage bei den Parlamentswahlen im Dezember 2003 im ehrlichen Wettkampf erlitten haben und dass ihre Wahlergebnisse die Stimmung der Bürger korrekt widerspiegeln. Hierzu ist folgendes anzumerken:

Die in Russland durchgeführten Reformen waren keineswegs liberal. Die Privatisierung führte

zur Bildung von ungeheuren Monopolen und zu einer Verflechtung von Wirtschaft und Staat. Die parallel dazu verlaufenden Transformationen des politischen Systems, die einige Elemente von Freiheit bewahrten, hatten die institutionelle Erweiterung und Stärkung der Vollmachten des Präsidenten und die schrittweise Beseitigung der Selbstständigkeit der anderen Institutionen der Staatsmacht zum Ziel und legten den Grundstein für den heutigen Autoritarismus, in anderen Worten, sie hatten nichts gemeinsam mit Liberalismus im eigentlichen Sinne.

Die Positionen von SPS und Jabloko waren grundsätzlich verschieden. Jabloko entstand als Unterstützung für eine Alternative zu den Wirtschaftsreformen von Gadjar und Tschubajs. Jabloko lehnte deshalb einen großen Teil der von „Liberalen“ durchgeführten Reformen ab und kann somit nicht für diese Reformen verantwortlich gemacht werden.

Die Dumawahlen, bei denen Jabloko den Einzug ins Parlament verpasste, waren weder ehrlich noch frei. Das Wahlergebnis wurde durch die für den Sieg von „Einiges Russland“ in Anspruch genommenen administrativen Ressourcen, vor allem die zwei föderalen Fernsehprogramme, determiniert.

In Reaktion auf die Wahlniederlage hat sich das „liberale“ politische Lager in Russland verändert. Vertreter von Jabloko und SPS wie auch eine Reihe von unabhängigen Politikern, die Anspruch auf die Führung im demokratischen und liberalen Lager erheben, haben sich politischen Klubs angeschlossen, wie etwa dem „Komitet 2008“ („Komitee 2008“) oder der „Demokratitscheskaja Alternatiwa“ („Demokratischen Alternative“). Es sind auch Versuche unternommen worden, neue politische Parteien zu gründen. Zu nennen sind hier „Swobodnaja Rossija“ („Freies Russland“) des ehemaligen SPS-Vorstandsmitglieds und Präsidentschaftskandidatin Irina Chakamada sowie die Partei der „Neuen Rechten“.

Nach dem Rücktritt der alten Führung von SPS änderte sich die Position der Partei. Wahrscheinlich wird sie

in Zukunft als „Partei von Tschubajs“ liberalen Werten eine endgültige Absage erteilen und sich in eine konservative Partei verwandeln, die das Großkapital beschützt und den Präsidenten unterstützt.

Jabloko ist damit die letzte, jetzt schon außerparlamentarische Partei, die die politischen und sozialen Rechte der Bürger verteidigt. Unter einem autoritären Regime, sei es hart oder weich, gibt es für eine solche Partei nur einen Platz – in der Opposition. Falls das autoritäre Regime nicht weiter gestärkt wird, kann eine solche Partei eine Opposition innerhalb des Systems bilden und bei einzelnen Fragen sogar mit der Staatsmacht kooperieren. Wenn die autoritären Tendenzen aber zunehmen, bleibt für eine solche Partei nur ein Weg – ziviler Widerstand, Schutz der Menschenrechte und im äußersten Fall Dissidententum.

Solange es noch Wahlen gibt, an denen sich die Partei beteiligen kann, um den Bürgern ihre Einschätzung der politischen Lage darzustellen und Alternativen vorzuschlagen, solange sind noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Die 5.000 neuen Mitglieder, die Jabloko nach der Parlamentswahl im Dezember 2003 gewinnen konnte, zeigen, dass die Partei Chancen hat, diese für bürgerliche Parteien schwierige Zeit zu überleben. Fast alle russischen Politiker im demokratischen und liberalen Lager betonen die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns. Allerdings wird eine wirkliche Konsolidierung durch Auseinandersetzungen darüber, wer die Führungsrolle innerhalb einer demokratischen Koalition übernehmen soll, verhindert. Die Zukunft wird zeigen, ob Jabloko als einzige Partei, die ihre regionalen und lokalen Strukturen bewahrt hat, in der Lage sein wird, die kleinen demokratischen Parteien zu vereinigen, sich mit bekannten Politikern zusammenzuschließen und gesellschaftliche Bewegungen und die Bürger zu mobilisieren.

*Übersetzung: Matthias Neumann*

*Redaktion: Hans-Henning Schröder / Heiko Pleines*

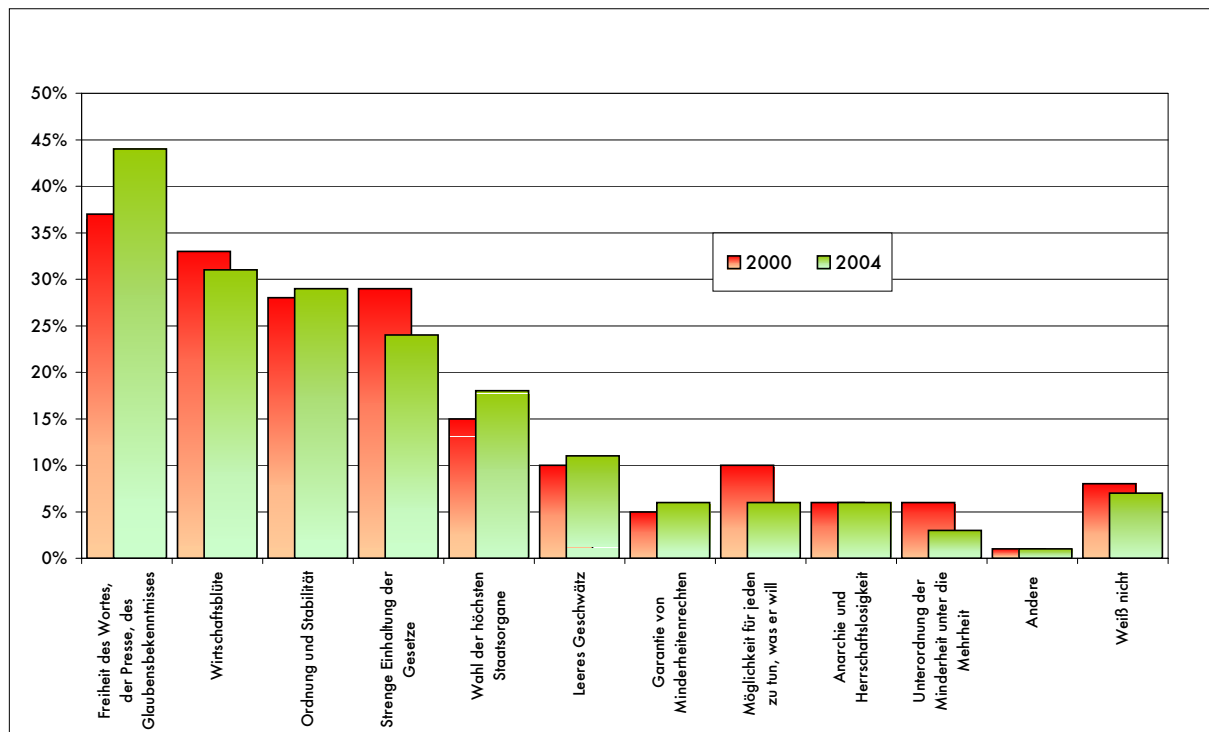
Tabellen und Graphiken zum Text

## Meinungsumfragen zu Demokratieerwartungen in der russischen Bevölkerung

### Was ist Ihrer Meinung nach „Demokratie“?

(Mehrere Antworten möglich)	2000	2004
Freiheit des Wortes, der Presse, des Glaubensbekenntnisses	37%	44%
Wirtschaftsblüte	33%	31%
Ordnung und Stabilität	28%	29%
Strenge Einhaltung der Gesetze	29%	24%
Wahl der höchsten Staatsorgane	15%	18%
Leeres Geschwätz	10%	11%
Garantie von Minderheitenrechten	5%	6%
Möglichkeit für jeden zu tun, was er will	10%	6%
Anarchie und Herrschaftslosigkeit	6%	6%
Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit	6%	3%
Andere	1%	1%
Weiß nicht	8%	7%

Nach einer Umfrage des Lewada-Zentrums vom 13.–16.2.2004 <<http://www.levada.ru./press/2004030901.html>>

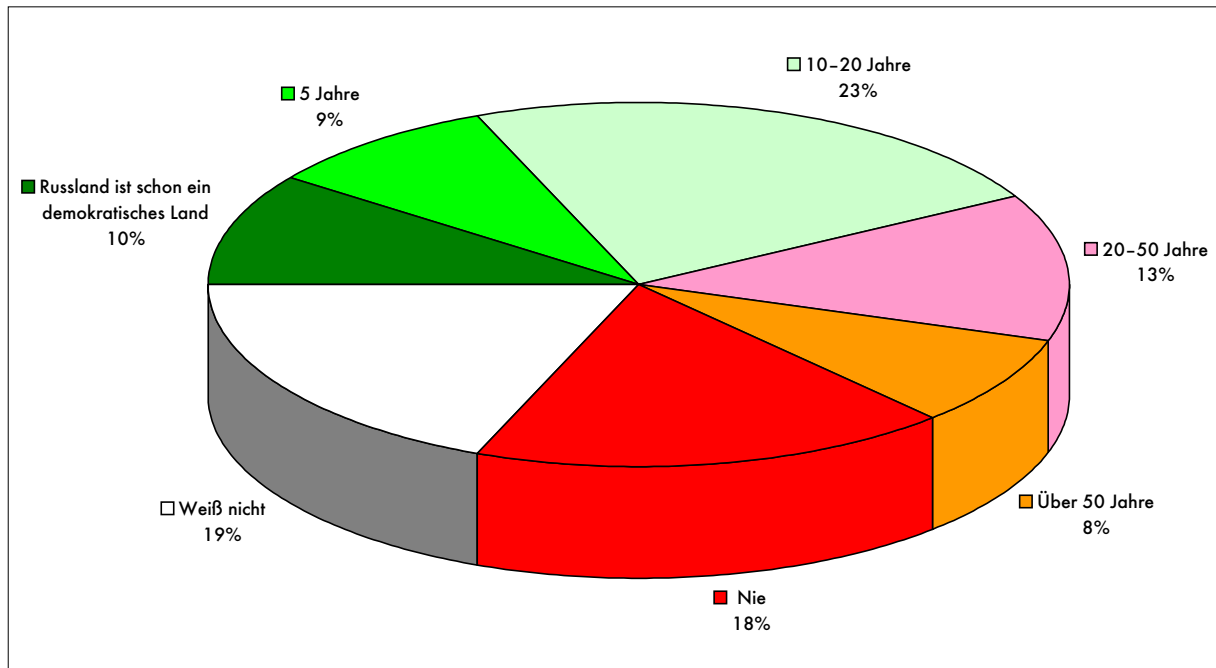


*Seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems sind 12 Jahre vergangen. Glauben Sie, dass Russland heute ein demokratisches Land ist, und wenn nicht, wie viel Zeit ist nötig, um in Russland eine stabile Demokratie einzurichten?*

Russland ist schon ein demokratisches Land	10%
5 Jahre	9%
10–20 Jahre	23%
20–50 Jahre	13%
Über 50 Jahre	8%
Nie	18%
Weiß nicht	19%
	100%

*Nach einer Umfrage des Lewada-Zentrums vom 13.–16.2.2004 <<http://www.levada.ru./press/2004030901.html>>*

*Wann wird Russland ein demokratisches Land sein?*



*Nach den Präsidentenwahlen: Vorstellungen über die Zukunft*

	Lebensalter				Wohnorttyp				
	Russland, insgesamt	18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	Moskau	Mega-polis	Groß-stadt	Klein-stadt	Dorf
Anteil der Gruppe (%)	100%	35%	37%	29%	6%	13%	17%	40%	25%
<i>Was glauben Sie, wird sich die politische Situation in Russland in den nächsten vier Jahren zum Besseren, zum Schlechteren oder überhaupt nicht verändern?</i>									
zum Besseren	37%	42%	35%	35%	44%	40%	33%	34%	44%
unverändert	33%	31%	36%	31%	32%	36%	41%	32%	27%
zum Schlechteren	7%	6%	9%	6%	7%	7%	9%	7%	7%
Weiß nicht	22%	20%	20%	28%	16%	18%	17%	27%	20%
	99%	99%	100%	100%	99%	101%	100%	100%	98%
<i>Was glauben Sie, wird die Korruption in Russland in den nächsten vier Jahren zunehmen, abnehmen oder unverändert bleiben?</i>									
zunehmen	28%	24%	32%	26%	29%	26%	31%	27%	27%
nicht verändern	39%	41%	39%	36%	41%	42%	39%	40%	36%
abnehmen	15%	17%	14%	14%	21%	16%	17%	13%	15%
Weiß nicht	18%	17%	14%	23%	9%	16%	13%	20%	20%
	100%	99%	99%	99%	100%	100%	100%	100%	98%
<i>Was glauben Sie, werden sich die interethnischen Beziehungen in Russland in den nächsten vier Jahren verbessern, verschlechtern oder unverändert bleiben?</i>									
verbessern	27%	30%	24%	28%	27%	26%	19%	28%	32%
unverändert bleiben	37%	35%	41%	35%	39%	38%	53%	35%	29%
verschlechtern	10%	11%	11%	7%	12%	13%	7%	10%	9%
Weiß nicht	25%	24%	23%	30%	22%	23%	20%	27%	28%
	99%	100%	99%	100%	100%	100%	99%	100%	98%
<i>Was glauben Sie, wird sich die Situation der bürgerlichen Freiheiten in Russland in den nächsten vier Jahren verbessern, verschlechtern oder unverändert bleiben?</i>									
verbessern	19%	22%	17%	19%	15%	25%	18%	17%	22%
unverändert bleiben	40%	42%	43%	35%	48%	44%	41%	41%	36%
verschlechtern	10%	8%	12%	8%	15%	10%	16%	7%	7%
Weiß nicht	30%	27%	27%	37%	22%	21%	25%	35%	32%
	99%	99%	99%	99%	100%	100%	100%	100%	97%

Quelle: Umfrage des Fond Öffentliche Meinung (FOM), März 2004 <<http://bd.fom.ru/zip/tb0412.zip>>

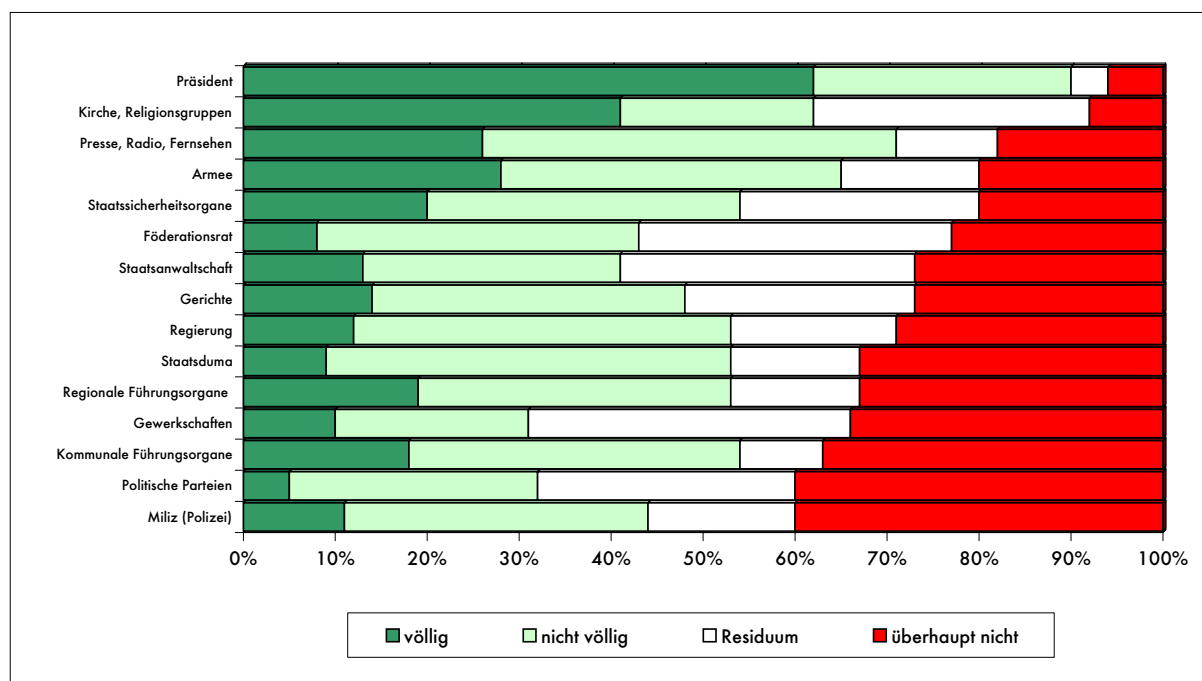


*Vertrauen zu Institutionen 2001 und 2004*

In welchem Maße verdienen folgende Institutionen Vertrauen...	völlig		nicht völlig		überhaupt nicht		Residuum	
	2001	2004	2001	2004	2001	2004	2001	2004
Präsident	52%	62%	31%	28%	7%	6%	10%	4%
Kirche, Religionsgruppen	41%	41%	21%	21%	12%	8%	26%	30%
Presse, Radio, Fernsehen	28%	26%	43%	45%	18%	18%	11%	11%
Armee	33%	28%	31%	37%	18%	20%	18%	15%
Staatsicherheitsorgane	22%	20%	32%	34%	19%	20%	27%	26%
Föderationsrat	12%	8%	36%	35%	21%	23%	31%	34%
Staatsanwaltschaft	11%	13%	32%	28%	30%	27%	27%	32%
Gerichte	13%	14%	34%	34%	26%	27%	27%	25%
Regierung	21%	12%	41%	41%	22%	29%	16%	18%
Staatsduma	10%	9%	41%	44%	35%	33%	14%	14%
Regionale Führungsorgane	21%	19%	36%	34%	27%	33%	16%	14%
Gewerkschaften	14%	10%	25%	21%	31%	34%	30%	35%
Kommunale Führungsorgane	20%	18%	36%	36%	31%	37%	13%	9%
Politische Parteien	7%	5%	28%	27%	36%	40%	29%	28%
Miliz (Polizei)	12%	11%	36%	33%	38%	40%	14%	16%

Nach: <http://www.levada.ru./press/2004032302.html>, 24.3.2004

*In welchem Maße verdienen folgende Institutionen Vertrauen... (Angaben des VCIOM für März 2004)*



Kommentar

## *Kniefall oder politischer Anspruch?*

*Chodorkowskij wird für den Kreml zunehmend unbequemer*

*Elfie Siegl, Berlin-Moskau*

Michail Chodorkowskij, Ölmagnat, hat erreicht, was er sich wohl kaum auszumalen wagte. Wann immer er sich aus seiner Zelle im Moskauer Untersuchungsgefängnis „Matrosenstille“ öffentlich zu Wort meldet, führt das in der politischen Klasse seiner Heimat zu erdbebenartigen Erschütterungen. Auf eine derartige Resonanz seiner Worte hat seinerzeit ein Andrej Sacharow, Atomphysiker und Bürgerrechtler, in kühnsten Träumen nicht gehofft. Ende März ließ Chodorkowskij den politischen Essay „Die Krise des Liberalismus in Russland“ in einer Moskauer Zeitung abdrucken. Es war ein Donnerhall, allerdings ohne reinigendes Gewitter. Denn seither versucht man, den Verfasser zu diskreditieren, als Verräter, als Opportunisten, als Feigling. Andere deuten seinen Text als Kniefall, als Wandlung vom Saulus zum Paulus, vom Kritiker des Kreml zu dessen Anhänger. Sie sehen darin den Anfang eines Deals, dessen Ende darin bestehen könnte, dass der prominente Häftling wie zuvor der Großgeschäftsmacher Boris Beresowskij und der Medienmogul Alexander Gussinskij, Russland als gescheiterte Existenz verlässt. Doch Chodorkowskij ist kein Weichei, sondern eine harte Nuss und sein Essay bekräftigt das: „Für mich ist Russland die Heimat. Ich will dort leben, arbeiten und sterben.“ Und – das ist die zweite grundlegende Aussage – er will dort Politik machen. Mit politischen Ansprüchen, die er in seinem Essay festschreibt, aber bietet der reichste Mann Russlands weiterhin dem mächtigsten Mann Russlands die Stirn. Er will ein Gerichtsverfahren. Damit aber tut sich der Kreml schwer. Was man Chodorkowskij unterstellt – gesetzwidrige Privatisierung, Steuerhinterziehung, Betrug, müsste man einem Dutzend anderer Großgeschäftsmacher ebenso vorwerfen. Doch sie bleiben unbehelligt, weil sie wissen: politische Loyalität verbunden mit großzügigen Spenden für das Staatswohl ist der Preis, den man dafür zahlt, dass Sicherheitsleute und Staatsanwälte Akten geschlossen halten.

Für andere Vertreter der politischen Klasse rechnet Chodorkowskij vor allem mit den beiden liberal-demokratischen Parteien Jabloko und Union der rechten Kräfte ab. Er scheint verbittert darüber, dass beide, von ihm gesponsert, politisch versagt haben, deshalb bei den Parlamentswahlen ihr Jericho erlebten und nun ums Überleben kämpfen. Der bekannte Moskauer Soziologe Jurij Lewada allerdings brachte es auf folgenden Punkt: der Liberalismus in Russland stecke seit langem in der Krise. Wenn man einen Menschen einfach wegsperre und alle dazu schwiegen, so sei das eine Krise.

So manchen Politologen erinnert der Brief aus dem Gefängnis an sowjetische KGB-Methoden der 70-er Jahre, politische Häftlinge zur Selbstverdamnung und Sühne zu zwingen, ihnen im Gegenzug Arbeitslager zu ersparen und das Exil zu ermöglichen. Auf diese Weise versuchte die Sowjetunion sich einst international als Land zu präsentieren, von dem die Menschenrechte geachtet werden. Briefe aus dem Gefängnis, hieße das dann allerdings, kommentiert man nicht.

Dokumentation

## *Die Krise des Liberalismus in Russland*

*(Auszüge aus dem ersten Brief Michail Chodorkowskij, des ehemaligen Vorstandsvorsitzender und Mitbesitzers des Mineralölkonzerns JUKOS, gegenwärtig Häftling im Untersuchungsgefängnis Nr. 4)*

Der russische Liberalismus ist in einer Krise, daran besteht heute kein Zweifel.

Wenn mir jemand noch vor einem Jahr gesagt hätte, *SPS* und *Jabloko* würden die Fünfprozent-Hürde nicht schaffen, hätte ich ernstlich an den analytischen und prognostischen Fähigkeiten des Sprechers gezweifelt. Jetzt ist das Scheitern von *SPS* und *Jabloko* Realität. [...]

Wir beobachten heute praktisch die Kapitulation der Liberalen. Und diese Kapitulation ist nicht nur die Schuld der Liberalen, sondern auch ihr Unglück. Die Angst vor

einer Tausendjährigen Geschichte, schmackhaft gemacht durch den im Anfang der neunziger verwurzelten machtvollen Hang zu einem opulenten Lebensstil. Die genetisch verankerte Servilität. Die Bereitschaft, die Verfassung für eine zusätzliche Portion Kaviar auch mal zu vergessen. Das waren die russischen Liberalen und so sind sie auch geblieben.

„Meinungsfreiheit“, „Gedankenfreiheit“, „Gewissensfreiheit“ sind Begriffe, die sich zielstrebig zu parasitären Kunstworten verwandeln. Nicht nur die Bevölke-

rung, sondern auch die Mehrheit derer, die gewöhnlich als Elite betrachtet werden, winken ermattet ab: Alles klar es geht nur um den nächsten Konflikt der Oligarchen mit dem Präsidenten.

Niemand weiß so recht, wie es nach dem Fiasko bei den Wahlen im Dezember mit der *Union der Rechten Kräfte* (SPS) weiter gehen soll, und im Grunde interessiert es auch niemanden. Das „Komitee 2008“, das beschlossen hat, das Gewissen des russischen Liberalismus zu spielen, demonstriert bereitwillig seine eigene Hilflosigkeit und verkündet, sich fast schon entschuldigend: „Es sieht so aus, als seien wir nicht ganz so viele, als kämen wir immer zu spät. Verlassen sollte man sich auf nichts, aber trotzdem ...“ Die Idee einer neuen Partei „Freies Russland“, die Chakamada angeblich aus dem Scherbenhaufen von *Jabloko* und *SPS* gründen wollte, ist in der Gesellschaft auf keinerlei wesentliches Interesse gestoßen. Sie ist einzig eine Spekulation einiger Dutzend professioneller Parteigründer, die wieder einmal leicht zu erringende persönliche Gewinne wittern.

Währenddessen gedeihen auf dem politischen Boden Russlands die Verfechter eines neuen Diskurses, der Ideologie der so genannten „Partei der Nationalen Revanche“ (PNR). Die „PNR“ wird sowohl durch den gesichtslosen Luftbeutel *Jedinaja Rossija*, als auch durch die aus lauter Überlegenheit gegenüber ihren erfolglosen Konkurrenten abgewetzte *Rodina*, als auch durch die *LDPR* repräsentiert, deren Führer wieder einmal seine außergewöhnliche politische Vitalität bewiesen hat. Alle diese Leute sprechen, selten aufrichtig und eher verlogen sowie auf Bestellung, doch nicht weniger überzeugend vom Scheitern liberaler Ideen und davon, dass in Russland Freiheit einfach nicht gebraucht wird. [...]

Die Krise des russischen Liberalismus liegt also nicht in den Idealen der Freiheit begründet, wie auch immer er verstanden wird. Es liegt nämlich, wie der letzte Ministerpräsident der UdSSR, Valentin Pawlow, zu sagen pflegte, nicht am System, sondern an den Menschen. Diejenigen, die durch das Schicksal und die Geschichte zu Verteidigern der liberalen Werte in unserem Land geworden sind, haben versagt. Wir müssen das heute in aller Offenheit eingestehen. Weil die Zeit der der Schläue vorbei ist. Das ist von hier, aus der Zelle des Moskauer Untersuchungsgefängnisses Nr. 4, in dem ich mich gerade befinde, deutlich zu sehen, vielleicht sogar ein wenig deutlicher, als aus anderen, komfortableren Räumen.

*SPS* und *Jabloko* haben die Wahlen keineswegs deshalb verloren, weil sie vom Kreml diskriminiert wurden, sondern allein deshalb, weil die Präsidentenverwaltung ihnen zum ersten Mal nicht geholfen, sondern genauso wie die anderen Oppositionskräfte behandelt hat. [...]

### *Mit der Lüge über dem Abgrund*

Der russische Liberalismus hat eine Niederlage erlitten, weil er versucht hat, sowohl wichtige nationale und historische Besonderheiten Russlands, als auch die lebenswichtigen Interessen der überwiegenden Mehrheit des russischen Volks zu ignorieren – und, weil er tödliche Angst hatte, die Wahrheit zu sagen.

Ich möchte nicht behaupten, dass es das Ziel von Tschubajts, Gajdar und ihren Gesinnungsgenossen war, Russland zu täuschen. Viele Liberale der ersten Jelzinschen Generation waren aufrichtig von der historischen Richtigkeit des Liberalismus überzeugt, und davon, dass eine „liberale Revolution“ in diesem ausgelagerten Land, das die Schönheiten der Freiheit nicht kannte, notwendig sei. [...]

Die Liberalen verschlossen die Augen vor der russischen Wirklichkeit, als sie mit einem Federstrich die Privatisierung durchführten, deren negative sozialen Folgen dabei ignorierten und die Reform affektiert als schmerzlos, ehrlich und gerecht bezeichneten. Was das Volk heute über diese „große“ Privatisierung denkt, ist allseits bekannt.

Die Liberalen verschwendeten keinen Gedanken an die katastrophalen Folgen für die Sparguthaben der Bevölkerung. Dabei wäre das Problem dieser Guthaben doch ganz einfach zu lösen gewesen, mit Hilfe von Staatsobligationen, die zum Beispiel durch eine Kapitalzuwachssteuer hätten gedeckt werden können. Oder mit Hilfe von Aktien von Aktienpaketen der nun privatisierten besten Unternehmen des Landes. Doch die Liberalen wollten hierfür nicht ihre kostbare Zeit opfern. Sie waren zu faul, hierfür ihre grauen Zellen in Gang zu setzen.

In den neunziger Jahren hat sich niemand mit einer Bildungsreform, einer Gesundheitsreform oder einer Reform des Wohnungswesens beschäftigt. Oder mit einer gezielten Unterstützung der sozial Schwachen und Armen. Also mit Fragen, von deren Lösung das Wohlergehen einer riesigen Mehrheit unserer Landsleute abhing und weiter abhängt. [...]

Ohne auf Einwände zu hören haben die Liberalen immer gesagt, dass man mit dem russischen Volk umspringen kann, wie es einem beliebt. Und, dass „in diesem Land“ alles von den Eliten entschieden wird und das Volk nicht nachzudenken braucht. Das Volk werde der Regierung jeden Schwachsinn, jede Unverschämtheit, jede Lüge wie ein Geschenk des Himmels abkaufen. Daher wurden die Überlegungen „wir brauchen eine Sozialpolitik“ „es muss gerechter geteilt werden“ usw. verworfen, abgelehnt oder mit einem Lächeln abgetan.

Jetzt ist die Stunde der Buße gekommen. Bei den Wahlen 2003 hat die Bevölkerung mit Bestimmtheit und ohne Sentimentalität „Lebe wohl!“ gesagt. Selbst die



Jugend, von der wir dachten, ja überzeugt waren, dass sie die Ideen von *SPS* zutiefst angenommen hat und ganz hinter Tschubajs steht, wählte *Rodina* und *LDPR*.

Das war eine schallende Ohrfeige über jenen Abgrund hinweg, der die mächtigen Liberalen vom Rest des Landes trennt. [...]

### *Die Wahl unseres Weges.*

**W**as können und müssen wir heute tun? [...] Wir müssen eine neue Strategie der Zusammenarbeit mit dem Staat entwickeln. Staat und Bürokratie sind keine Synonyme. Es ist an der Zeit, sich selbst zu fragen: „Was hast du für Russland getan?“ Was Russland nach 1991 für uns getan hat, ist bekannt.

Wir müssen die Wahrheit in Russland, und nicht im Westen suchen. Ein gutes Image in den USA und Europa ist schön und gut, doch wird das nie die Achtung der eigenen Landsleute ersetzen können. Wir müssen beweisen, und zwar in erster Linie uns selbst, dass wir keine Vagabunden sind, sondern beständig auf unserem russischen Boden stehen. Wir müssen aufhören, die Interessen des Landes und seiner Bevölkerung zu vernachlässigen – besonders in dieser demonstrativen Art und Weise. Diese Interessen sind auch die unsrigen!

Wir müssen mit den sinnlosen Versuchen aufhören, die Legitimität des Präsidenten in Frage zu stellen. Ganz unabhängig davon, ob Putin uns gefällt oder nicht, ist es Zeit zu begreifen, dass er das Staatsoberhaupt ist, und nicht nur eine natürliche Person. Der Präsident ist eine Institution, die den Bestand und die Stabilität des Landes garantiert. [...]

Wir müssen unsere kosmopolitische Weltanschauung Vergangenheit werden lassen und manifestieren, dass wir mit beiden Beinen auf dem Boden stehen und keine win-

digen Gestalten sind. Wir müssen anerkennen, dass das liberale Projekt in Russland nur im Kontext der nationalen Interessen Erfolg haben kann und dass der Liberalismus erst dann in Russland Wurzeln schlagen wird, wenn er festen, stabilen Boden unter den Füßen spürt.

Wir müssen die Privatisierung legitimieren und unbedingt akzeptieren, dass 90 % der Bevölkerung die Privatisierung als ungerecht empfinden und deren Nutznießer nicht als rechtmäßige Eigentümer betrachten. Solange das der Fall ist, wird es immer politische, bürokratische und wohl auch terroristische Kräfte geben, die das Privateigentum attackieren werden. Um die Privatisierung einem Land zu vermitteln, in dem Vorstellungen vom Recht auf Eigentum nach Vorbild des römischen Rechts nie besonders stark und ausgeprägt waren, müssen die Großunternehmen gezwungen werden, mit dem Volk zu teilen. [...]

*Michail Chodorkowskij, Privatperson, Bürger der Russischen Föderation*

*Übersetzung: Hartmut Schröder*

Abdruck mit freundlicher Genehmigung von [www.demokratie-in-russland.de](http://www.demokratie-in-russland.de). Dort findet sich auch der gesamte Brief im Wortlaut <[http://www.boell.de/de/05\\_world/2524.html](http://www.boell.de/de/05_world/2524.html)>.

Auf Russisch ist er u.a. auf der Website von [Polit.ru](http://www.polit.ru) zu finden <[http://www.polit.ru/dossie/pv/2004/03/29/khodor\\_st.html](http://www.polit.ru/dossie/pv/2004/03/29/khodor_st.html)>.

Chodorkowskij's zweiter Brief ist auf deutsch unter <[http://www.boell.de/de/05\\_world/2541.html](http://www.boell.de/de/05_world/2541.html)> einzusehen.

Auszüge aus den russischen Reaktionen auf Chodorkowskij's Schreiben gibt das „Dossier Demokratie in Russland“ <<http://www.demokratie-in-russland.de>> wieder.

## Chronik

### Vom 24. bis zum 28. April 2004

24.4.2004	Der russische Finanzminister Kudrin erklärt, Russland wolle seine Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) bis 2006 komplett zurückzahlen. Dazu sind jährliche Zahlungen von etwa 1,7 Mrd. US-Dollar erforderlich. Insgesamt hatte Russland IWF-Kredite in Höhe von 22 Mrd. US-Dollar erhalten.
24.4.2004	Präsident Putin bestätigt die Zusammensetzung des Nationalen Sicherheitsrates per Präsidialerlass. Der von Putin geleitete Rat umfasst Ratssekretär Igor Iwanow, Ministerpräsident Michail Fradkow, die Sprecher der beiden Parlamentskammern, Boris Gryzlow und Sergej Mironow, Außenminister Sergej Lawrow, die Leiter von Auslands- und Inlandsgeheimdienst Sergej Lebedew und Nikolaj Patruschew, Innenminister Raschid Nurgaliew, den Leiter der Präsidialverwaltung Dmitrij Medwedew, den Präsidenten der russischen Akademie der Wissenschaften und die Vertreter des Präsidenten in den sieben Föderationsdistrikten.
24.4.2004	Der Wahlblock des Duma-Abgeordneten und Präsidentschaftskandidaten Sergej Glazjew ändert seinen Namen von „Mutterland-Partei“ in „Für ein würdiges Leben“. Die Namensänderung ist eine Reaktion auf den Bruch mit Dmitrij Rogozin, der seine „Partei der Russischen Region“ in „Mutterland-Partei“ umbenannt hatte. Glazjew erhob schwere Vorwürfe gegen Präsident Putin, die sich auf Manipulationen der Parteienlandschaft und der Politik konzentrierten.
25.4.2004	Nach russischen Medienberichten soll der Prozess gegen zwei mutmaßliche russische Geheimdienstmitarbeiter, die in Katar wegen der Ermordung des ehemaligen tschetschenischen Präsidenten Jandarbiew vor Gericht stehen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Der Anwalt der Angeklagten erklärte, ihre Geständnisse seien unter Folter erpresst worden und von Verbindungen zum russischen Geheimdienst sei ihm nichts bekannt.
26.4.2004	Nach russischen Medienberichten will der Strommonopolist EES seine Anteile am landesweiten Fernsehnetzwerk REN-TV verkaufen. Der Wert der Anteile wird auf 70 bis 100 Millionen US-Dollar geschätzt. Als potentieller Käufer wird die deutsche Bertelsmann AG genannt.
26.4.2004	Präsident Putin übergibt dem Parlament seine Kommentare zum neuen Entwurf des Demonstrationsrechts. (Siehe dazu auch den Beitrag von Galina Michaleva ab Seite 2.)
26.4.2004	Amnesty International erklärt den als Spion zu 15 Jahren Haft verurteilten russischen Politikwissenschaftler Igor Sutjagin zum „politischen Gefangenen“. Mehrere internationale Menschenrechtsorganisationen fordern die Parlamentarische Versammlung des Europarates gemeinsam zu einer Reaktion auf.
27.4.2004	Russland und die EU unterzeichnen eine Vereinbarung, die den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit auf die EU-Beitrittsländer ausweitet. Ein Gipfeltreffen zwischen Russland und der EU soll am 21. Mai in Moskau stattfinden.
27.4.2004	Im Rahmen der Regierungsumbildung werden neuen stellvertretende Minister entlassen. Die im März von Präsident Putin verordnete neue Regierungsstruktur sieht für jeden Minister nur maximal zwei Stellvertreter vor.
28.4.2004	Der neugeschaffene nationale russische Wettbewerbshüter (Anti-Monopol-Dienst) wird von Vertretern der Partei Jabloko dominiert. Sie stellen neben dem Leiter des Dienstes auch die Hälfte der Abteilungsleiter.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de